

15. April 2026

**Beschlussantrag**

von Martin Bürki (FDP),  
Christian Häberli (AL)  
und Flurin Capaul (FDP)

Die Geschäftsleitung des Gemeinderates wird aufgefordert, den Gemeinderatsmitgliedern einen ausschliesslich auf städtischer Infrastruktur betriebener KI-basierter Suchassistent zur Unterstützung der parlamentarischen Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Alle öffentlich en und ratsöffentlichen Dokumente, Beschlüsse, Protokolle und weiteren Unterlagen des Gemeinderates und des Stadtrats der vergangenen Jahre sollen integriert werden und so die parlamentarische Arbeit wirkungsvoll unterstützen.

Die Lösung soll sicherstellen, dass nur Ratsmitglieder und andere berechtigte Personen auf ratsöffentliche Daten zugreifen können.

In einem Begleitbericht sollen die Risiken des Einsatzes des Suchassistenten ausgewiesen, bewertet und deren Bewältigung darlegt werden.

**Begründung:**

Jährlich fliessen weit über 1000 Stadtratsbeschlüsse sowie Gemeinderatsgeschäfte in die parlamentarische Arbeit mit ein. Für Gemeinderatsmitglieder ist es wichtig, schnell und zielführend Zusammenhänge zwischen Geschäften die teilweise Jahre auseinander liegen, zu erkennen und mit gefällten Entscheiden abgleichen zu können. Gerade für neueintretende Mitglieder ist es oft sehr schwierig und unübersichtlich sich zu orientieren. Es braucht oft mehrere Jahre Erfahrung, um einen vertieften Überblick zu gewinnen.

Als Übergangslösung kann in einem ersten Schritt mit vernünftigen Kosten ein zur Verfügung gestellt werden, welches nur öffentlich einsehbare Dokumente (Weisungen, Beilagen, Protokolle,...) nutzt.

Der Suchassistent soll Teil der in der IT-Kommission begonnenen Arbeit „Parlamentsarbeitsplatz der Zukunft“ sein. Diese Arbeit hat zum Ziel, die technische Unterstützung der Gemeinderatsmitglieder stark zu verbessern, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik zu erleichtern sowie das Wirken der Legislative zu stärken.

Bei der Evaluation des Suchassistenten soll abgeklärt werden, ob und welche vergleichbaren Werkzeuge oder Sprachmodelle in anderen Parlamenten (im In- und Ausland) zum Einsatz kommen und ob eine partnerschaftliche Entwicklung möglich ist.

M. Bürki 